

V0241/21

**Grundsatzbeschluss zum Schulstandort im Baugebiet "Friedrichshofen-Dachsberg"**  
**(Referentin Frau Preßlein-Lehle, Referent Herr Engert, Referent Herr Hoffmann)**

**Stellungnahmen der vorgehenden Ausschüsse**

**Ausschuss für Kultur und Bildung vom 27.04.2021**

Herr Engert erläutert die Beschlussvorlage und verweist auf die Gespräche mit dem Bezirk Oberbayern. Die zur Verfügung stehende Gemeinbedarfsfläche von 25.000 qm würde auch für die Unterbringung der Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule ausreichen und diese Möglichkeit habe man dem Bezirk Oberbayern unterbreitet. Herr Engert betont, dass dies aus schulpädagogischen Gesichtspunkten, im Hinblick auf Kooperation und Inklusion, große Vorteile habe. Ebenso vorteilhaft sei auch die Nähe zur Grundschule Friedrichshofen, so dass man sich Synergieeffekte, im Hinblick auf die Sportflächen- und Kantinennutzung, erhoffe. Weiter geht der Schulreferent auf den ins Gespräch gebrachten Standort im Westen des Baugebietes ein, der aus vielerlei Gründen nicht geeignet sei. Zudem liege der westliche Standort unmittelbar an einer Hochspannungsleitung und komme deshalb für Schulbauten nicht in Frage. Er schlägt deshalb vor, beim ursprünglichen Standort zu bleiben.

Auf Anfrage der Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet Herr Engert, dass die Mittelschule auf 600 Schüler/innen mit 30 Klassen ausgelegt sei. Die Förderschule habe 150 Schüler/innen.

Für Stadtrat Dr. Schuhmann habe es selten eine Planung gegeben, die so im Interesse der Öffentlichkeit gestanden sei. Bei verschiedenen Ortsterminen wurde immer thematisiert, dass die Mittelschule dort keine Erweiterungsflächen habe. Aber angesichts der Größe der Mittelschule für 600 Schüler sei es für Stadtrat Dr. Schuhmann pädagogisch nicht sinnvoll, diese auch noch zu erweitern. Auch sei eine Schule in unmittelbarer Nähe zu einer Hochspannungsleitung für ihn vollkommen indiskutabel und er ist der Meinung, dass der vorgeschlagene Standort richtig sei. Stadtrat Dr. Schuhmann bringt angesichts der Ansiedelung der Förderschule die Besorgnis der Anlieger, im Hinblick auf das Verkehrsaufkommen, zum Ausdruck. Vielleicht könne in der morgigen PIA-Sitzung dazu die Stadtbaurätin noch Stellung beziehen. Ansonsten signalisiert der KBA-Ausschuss Sprecher namens der SPD-Stadtratsfraktion Zustimmung zum Grundsatzbeschluss.

Stadtrat Reibenspieß führt aus, dass ein Schulstandort unter einer Hochspannungsleitung nicht in Frage komme und erst recht nicht, wenn eine Stapelturnhalle geplant sei. Stadtrat Reibenspieß begrüßt, die vorgesehene Planung einer gemeinsamen Nutzung der Sportstätten. Dies sollte seines Erachtens der Regelfall sein und sollten im Hinblick auf die genannten Synergieeffekte auf alle Fälle genutzt werden. Für ihn als langjähriger Lehrer haben Schulgebäude und die Ausbildung der Kinder oberste Priorität nicht die Anlieger.

Stadträtin Krumwiede stimmt ihrem Vorredner zu und ergänzt, dass das Argument mit dem befürchteten Verkehrschaos an der Förderschule nicht gerechtfertigt sei. Denn an vielen Schulen werden die Kinder, gerade in der jetzigen Situation, einzeln von den Eltern gebracht. So gesehen, sei es mit einem geringeren Verkehrsaufkommen verbunden, wenn die Kinder mit kleinen Bussen in die Schule gebracht und abgeholt werden. Stadträtin Krumwiede

könne deshalb die Argumente der Anlieger nicht nachvollziehen. Sie könne sich vorstellen, dass es hinsichtlich des Lärms der Schüler Bedenken bei den Anliegern gebe, aber dieser könne mit einer entsprechenden Baumbepflanzung als Lärmschutz reduziert werden.

Herr Engert wendet sich mit seinem Wortbeitrag an Stadträtin Krumwiede und merkt an, dass Schüler hörbar seien und man dies auch positiv wahrnehmen könne. Dazu verweist auf die begrenzten Zeiten des Schulbetriebs. Herr Engert stellt dazu fest, dass man für den Architektenwettbewerb entsprechende Vorgaben zur Positionierung der Schul- und Sportanlage machen werde, damit die Lärmbelästigung für die Wohnbebauung nicht sehr wesentlich sein werde. Auch gebe er Stadtrat Dr. Schuhmann Recht, dass eine Mittelschule mit 30 Klassen die Obergrenze sei. Der Schulreferent betont, dass der Stadtrat das Raumprogramm für 27 Klassen bereits beschlossen habe. Angesichts der regen Bautätigkeit in diesem Baugebiet habe man einen gewissen Spielraum, dass man die Schule bis zu maximal 30 Klassen ausbauen könne. Sollte allerdings der Bedarf an Schulflächen größer werden, so Herr Engert, dann benötige man eine weitere Mittelschule. Zum befürchteten Verkehrsaufkommen merkt Herr Engert an, dass die Schüler der Förderschule innerhalb eines kurzen Zeitfensters mit ca. 40 Kleinbussen gebracht und wieder abgeholt werden. Die Verkehrsbelastung wird nicht stärker durch die Schule, als es bei einer Wohnbebauung der Fall wäre. Herr Engert betont, dass dies ein optimaler Standort für die Schulen sei.

Mit allen Stimmen: (ohne Stadtrat Lipp – online zugeschaltet)  
Entsprechend dem Antrag befürwortet.